



CfP zur Jahrestagung der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, am 12./13. Juli 2019

„Deutsch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen“

Die **Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen** veranstaltet anlässlich ihrer jährlichen Zusammenkunft am 12./13. Juli 2019 in Voronež ein Colloquium zu den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen. HistorikerInnen beider Länder werden hiermit eingeladen, Vorschläge für einen wissenschaftlichen Vortrag bei der Kommission einzureichen.

Grundsätzlich sollen die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen zwischen 1917 und 1991 in der längeren Sicht in den Blick genommen werden. Innerhalb des gesetzten Zeitraums soll der Schwerpunkt des Colloquiums auf der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg liegen und das Dreiecksverhältnis DDR – BRD – Sowjetunion respektive der Wirtschaftsräume des westlichen bzw. des östlichen Blocks in den Blick nehmen. Das vornehmliche Interesse der Kommission gilt den längerfristigen Implikationen wirtschaftlichen Handelns in den gegenseitigen Beziehungen. Insbesondere die (außen)politischen wie sozialen Konsequenzen im bi-nationalen Kontext sollten herausgearbeitet werden. Die eine Leitfrage ist „Wirtschaft als Ersatz von Außenpolitik?“, die andere „Wirtschaft als Motor gesellschaftlichen Wandels?“.

Vorgesehen sind folgende Themenkreise:

1) Der staatliche Rahmen und wirtschaftliches Handeln: Zu fragen ist nach der Wirkung von Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland (respektive DDR/BRD) von Brest-Litowsk bis zum Zwei-plus-Vier-Vertrag, um die Bedeutung der diplomatischen Beziehungen bei der Entfaltung wirtschaftlicher Zusammenarbeit ermessen zu können (die junge Sowjetunion auf dem Weg zu internationaler Anerkennung; Formierung der diplomatischen Beziehungen zwischen DDR, BRD und Sowjetunion nach 1945). Umgekehrt kann auch nach der Bedeutung nichtstaatlicher Initiativen im Bereich des Außenhandels für die staatlichen Beziehungen gefragt werden. Zu betrachten wären auch der wirtschaftliche Effekt singulärer Maßnahmen wie Entschädigungen, Demontagen, Sanktionen oder dergleichen.

2) Arbeitsmigration: Es interessieren deutsche Experten in der frühen Sowjetunion der 1920er Jahre, die Verbringung deutscher Naturwissenschaftler in die Sowjetunion nach dem Kriegsende 1945, Einsatz von Freiwilligen aus der DDR beim Bau der Gaspipeline („Trasse der Freundschaft“) respektive westdeutsche Facharbeiter beim Aufbau von Infrastrukturprojekten in der Sowjetunion (Pipeline, internationaler Flughafen Šeremetjevo usw.). Ein Aspekt könnte auch die Frage nach dem wirtschaftlichen Nutzen des Arbeitseinsatzes deutscher Internierter, Strafgefangener und Kriegsgefangener nach dem

Zweiten Weltkrieg sein. Umgekehrt kann unter Arbeitsmigration auch die vornehmlich zwangsweise Verschleppung sowjetischer Staatsbürger in das Deutsche Reich und die Zwangsarbeit der sowjetischen Kriegsgefangenen (NS-Zwangsarbeit) untersucht werden. Ebenso ist der Einsatz sowjetischer Spezialisten beim Aufbau gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen in der SBZ/DDR von Belang. Darüber hinaus sind Aspekte wie Studium und Ausbildung von Ausländern in der Sowjetunion respektive Deutschland (DDR/BRD) von Interesse; ggf. auch der „Brain-Drain“ in der ausgehenden Sowjetunion.

3) Felder wirtschaftlicher Zusammenarbeit: Ein fruchtbringender Ansatz könnte die langfristige Betrachtung von Firmengeschichten oder Branchen in den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen sein. Unterschiedliche Wirtschaftsfelder wie Rohstoff-, Schwer- oder Konsumgüterindustrie sollen konturiert werden. Zu fragen wäre nach den kurz- oder langfristigen Folgen in den wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch politische Rahmensetzungen. Zuvörderst bezieht sich das auf die Formierung geschlossener Wirtschaftsräume nach 1945, durch die DDR und Sowjetunion wirtschaftlich eng verbunden waren, die BRD aber mittelbar durch den innerdeutschen Handel ebenso involviert war. Aber es können auch die wirtschaftlichen Folgen (Nutzen?) der militärischen Zusammenarbeit von Roter Armee und Reichswehr betrachtet werden. Ebenso stellt der sowjetische Uranbergbau in der DDR eine Verquickung von Wirtschaft und Rüstung dar. Und gerade das Beispiel der Wismut wirft zudem Fragen der ökologischen Folgelasten wirtschaftlichen Handels auf. Es interessieren in diesem Themenfeld zudem in vergleichender Sicht die Transformationsprozesse in der Sowjetunion und Deutschland durch die Einführung und Durchsetzung eines staatlich gelenkten Wirtschaftssystems respektive dessen Auflösung bzw. Überführung in privatwirtschaftliche Strukturen.

Die Kommission lädt interessierte Historikerinnen und Historiker ein, ihre Vortragsvorschläge **bis zum 28. Februar 2019** einzureichen. Die Beiträge der Tagung werden in den „Mitteilungen/Сообщения“ **der Gemeinsamen Kommission** auf Deutsch und Russisch publiziert. Interessierte werden gebeten, ein Exposé (zirka 3.500 Zeichen) zusammen mit einem Lebenslauf (als PDF-Datei) an Dr. Jörg Morré zu senden: morre@museum-karlshorst.de

Reise-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten werden von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, die die Kommissionsarbeit fördert, übernommen.

Die Kommission besteht aus je neun deutschen und russischen Wissenschaftlern sowie je drei leitenden Vertretern der beiderseitigen Archivverwaltungen. Sie arbeitet unter der Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin und des russischen Präsidenten und setzt sich für eine umfassende wissenschaftliche Erforschung der deutsch-russischen bzw. deutsch-sowjetischen Beziehungen im 20. Jahrhundert im Geiste der Offenheit und Objektivität ein. In Erfüllung dieses Auftrags initiiert und fördert sie Forschungs- und Editionsprojekte, organisiert jährlich internationale Expertengespräche und veröffentlicht Ergebnisse eigener Aktivitäten in deutscher und russischer Sprache (mehr Informationen zu Tätigkeit und Ergebnissen der Arbeit auf der **Homepage der Kommission: www.deutsch-russische-geschichtskommission.de**).